Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2067

Der Bundesminister des Auswärtigen
L 1 — 86.13

Bonn, den 11. August 1967

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Empfehlungen 157 und 158 der WEU-Versammlung über die Lage im Vorderen Orient**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulz (Berlin), Dr. Kliesing (Honnef) und Genossen**
— Drucksache V/2052 —

Ist die Bundesregierung bereit, im Rat der WEU für eine sofortige und gründliche Überprüfung der in den Empfehlungen 157 und 158 vorgeschlagenen Maßnahmen einzutreten, die eine endgültige und dauerhafte Regelung zwischen Israel und seinen Nachbarn zum Ziele haben und von sich aus

1. sich an einem wirksamen Hilfsprogramm für den Vorderen Orient zu beteiligen?
2. den in äußerste Bedrängnis geratenen Gefangenen und Flüchtlingen schnellstens zu Hilfe zu kommen?

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1.

Der WEU-Ministerrat hat auf seiner letzten Sitzung am 4./5. Juli 1967 in Den Haag die Lage im Vorderen Orient ausführlich erörtert. Am Schluß der Debatte stellte der amtierende Ratsvorsitzende, Außenminister Luns, fest, es bestehe allgemein der Eindruck, daß ständige Konsultationen zwischen den westeuropäischen Staaten über dieses Problem erforderlich seien. Die Bundesregierung stimmt dieser Feststellung zu, weil sie der Auffassung ist, daß Westeuropa nur durch aufeinander abgestimmte Schritte zu einer dauerhaften Regelung im Vorderen Orient beitragen kann.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus ihre Bereitschaft bekundet, sich an einer umfassenden Friedensaktion im internationalen Rahmen, die der Größe der Aufgabe angemessen wäre, zu beteiligen. Sie wird sich daher konstruktiven Planungen und Maßnahmen, sei es im Rahmen der Sonderorganisationen der UN, sei es in anderer Weise, gern anschließen.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

Zu 2.

Unmittelbar nach Beendigung der jüngsten Feindseligkeiten hat die Bundesregierung den in Betracht kommenden Regierungen Hilfe angeboten. Der Bundestag hat am 14. Juni Sondermittel in Höhe von 5 Mio DM zur Linderung der Not der durch die Kriegsereignisse betroffenen Bevölkerung bewilligt. Davon sind in Sofortprogrammen dringend benötigte Hilfsgüter z. T. mit Charterflugzeugen in den Vorderen Orient gebracht worden. Auch umfangreiche Lebensmittelsendungen wurden schnell in die am meisten notleidenden Gebiete geschafft. Weitere Hilfsmaßnahmen sind vorgesehen.

Dem Schicksal der Gefangenen und vor allem der Flüchtlinge schenkt die Bundesregierung ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie hat schon in den vergangenen Jahren namhafte Beiträge zugunsten der Flüchtlinge im Vorderen Orient an die UNWRA geleistet. Sie wird auch in Zukunft bemüht sein, nach besten Kräften zur Lösung dieses Problems beizutragen.

In Vertretung

Lahr